

SPD+JF-Fraktion
CDU-Fraktion
FR4U
FL-Stadtrat
Bündnis 90/Die Grünen
ESFA-Fraktion

im Freiburger Gemeinderat

Herrn
Oberbürgermeister Martin Horn

rsk-ratsbuero@stadt.freiburg.de

Freiburg, 15.07.2025

„Verwaltungsvereinfachung beim „Sozialticket“ und damit verbundene Angebotsanpassung“, Drucksache G-25/076

h i e r :

Ergänzungs- bzw. Änderungsantrag zu Tagesordnungspunkt 12 der Sitzung des Gemeinderates am 15.07.2025

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die unterzeichnenden Fraktionen beantragen folgende Änderungen der Drucksache G-25/076:

1. Der Beschlussantrag der Drucksache G-25/076 wird um folgende Ziffer 4 ergänzt:

„4. Der Gemeinderat empfiehlt dem Oberbürgermeister, in enger Abstimmung mit der Quartiersarbeit, den Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe sowie weiteren relevanten sozialen Akteuren wie beispielsweise der Pflasterstube, etc. ein geeignetes Verfahren zu entwickeln, das sicherstellt, dass auch Personen ohne eigenes Konto die Möglichkeit haben, zu einem rabattierten ÖPNV-Ticket (RegioKarte Basis) zu kommen. Über die Ergebnisse soll im Sozialausschuss berichtet werden.

2. Der Beschlussantrag der Drucksache G-25/076 wird um folgende Ziffer 5 ergänzt:

„5. Der Gemeinderat empfiehlt dem Oberbürgermeister, die im Zuge der Verwaltungsoptimierung und Digitalisierung entfallenden Personalstellen (vorgesehen mit KW-Vermerk ab dem 01.10.2025) nicht vollumfänglich einzusparen, sondern mit einem Umfang von 1 VZÄ auf die Wohngeldstelle zu übertragen, um dort angesichts steigender Antragszahlen und wachsender Bearbeitungsanforderungen die Leistungsfähigkeit der Verwaltung zu sichern und die Bearbeitungszeiten für die Bürger:innen zu verkürzen.

Begründung

Zu Ziffer 4:

Die Einführung des digitalisierten und vereinfachten Verfahrens beim Deutschlandticket als Sozialticket ist ein richtiger Schritt zur Entbürokratisierung und ermöglicht zugleich einen flexibleren Umgang mit Weiterbewilligungsanträgen, sodass zeitliche Verzögerungen bei der Bearbeitung von Leistungsansprüchen nicht zu Nachteilen für die Antragstellenden führen. Gleichzeitig darf dieser Fortschritt nicht zu einer faktischen Ausgrenzung besonders vulnerabler Personengruppen führen: Da ein SEPA-Lastschriftmandat für das Deutschlandticket zwingend notwendig ist, bleiben Menschen ohne eigenes Konto vom regulären Verfahren ausgeschlossen. Eine enge Kooperation mit der Quartiersarbeit und sozialen Einrichtungen kann helfen, diese Lücke zu schließen und den Zugang zum Sozialticket für alle Anspruchsberechtigten

sicherzustellen – beispielsweise über den Verleih von übertragbaren Regiokarten.

Zu Ziffer 5:

Statt Personal abzubauen, ist eine anteilige Umverlagerung in besonders beanspruchte Verwaltungsbereiche - wie beispielsweise bei der Gewährung von Wohngeld - geboten. Dies soll der Aufrechterhaltung einer bürgernahen, zügigen und verlässlichen Leistungsgewährung dienen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Hannes Wagner
Sophia Kilian
Bündnis 90/ Die Grünen

Julia Söhne
Dr. Ludwig Striet
SPD+JF-Fraktion

Gregor Mohlberg
Emriye Gül
ESFA-Fraktion

Kathrin Kern
Dr. Klaus Schüle
CDU-Fraktion

Felicia Fehlberg
FR4U

Dr. Wolf-Dieter Winkler
FL-Stadtrat